

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden
Koblen & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Edm. Schürmann, Dresden
Bauhof der Arbeiter, Rönneberg
102 Dresden, R. O. Dresden
Vertrieb: K. H. K. Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Die Preise von Zeitungen (einzelne Blätter) sind in der Regel höher, als bei den Zeitungen der Provinz, weil der Vertrieb in der Provinz durch den Postweg erfolgt, während in Dresden der Vertrieb durch den Straßenverkauf erfolgt.

Schriftleitung: Rönnebergstr. 10, Dresden
Verlag: Rönnebergstr. 10, Dresden
Druck: Rönnebergstr. 10, Dresden

Abonnementpreis: Ein Jahr 12 Mk., 6 Monate 7 Mk., 3 Monate 4 Mk.
Einzelheft 15 Pf.

Dresden, Sonnabend, den 21. Februar 1931

42. Jahrgang

8000 weniger Gang des sächsischen Wohnungsbaues 1930

Im Monat Dezember 1930 wurden im sächsischen Wohnungsbaue 807 Wohnungen neu gebaut, was eine Abnahme von 8000 Wohnungen gegenüber dem Jahre 1929 darstellt.

	Dez. 1930	Jan. bis Dez. 1930	Jan. bis Dez. 1929
Wohnungsneubauten	807	8128	10574
Wohnungsneubauten ohne Wohnungen	810	5763	7289
Wohnungsneubauten mit Wohnungen	1078	9291	10589
Wohnungsneubauten ohne Wohnungen	422	5334	5638
Wohnungsneubauten	2408	24707	28298
Wohnungsneubauten in den neuen Bau-	1078	22878	30588

Die Abnahme des Wohnungsbaues ist auf die Erhöhung der Mietzinssteuer zurückzuführen, die im Jahre 1930 von 10 auf 20 Prozent erhöht wurde. Dies hat zu einer Abnahme der Baukosten um 16 Millionen Mark geführt.

Die Erwerbslosenversicherung auf Kosten des Wohnungsbaues gekürzt werden, dürfte mit Hilfe der produktiven Erwerbslosen für den Wohnungsbau geschaffen werden. Richtig kann mit so gutem Erfolg produktive Erwerbslosen für den Wohnungsbau eingesetzt werden wie beim Wohnungsbau, weil hier durch die Vergabe von unrentablen Darlehen außerdem noch anderweitige Mittel aus höher vergünstigten Sparbüchern für die Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden können.

Um drei Arbeitern das ganze Jahr hindurch Arbeitslosenunterstützung zu geben, braucht man etwa 3000 M.

Sonntag wird marschiert!

Sozialdemokraten! Republikaner! Gewerkschafter! Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Heraus zum Protest!

Gegen die Mordhetzer, die den Republikanern „Köperrollen“ und „Abschieben“ androhen!
Gegen die Kulturschande des Faschismus!
Gegen Diktatur und Unterdrückung der Volksrechte!

Heraus zum Marsch!

Für die Demokratie!
Für die Republik!
Für Frieden und Freiheit!

Der Generalappell des Reichsbanners, dem am Sonntag in ganz Deutschland Folge geleistet wird, muß eine gewaltige Demonstration gegen den Faschismus werden. Die Nationalsozialisten erlitten Niederlage auf Niederlage. Aber darum erst recht darf bei unseren Demonstrationen niemand beiseite stehen! Alle freiheitlich Gesinnten müssen die Front gegen den Faschismus stärken!

Morgen Sonntag, nachmittags 1/2 1 Uhr
Kundgebung auf dem Theaterplatz

Die Reichsbannerkameraden, Parteiordner und die Sportordner werden in einem gemeinsamen Werbemarsch ihren Abwehrwillen zeigen. Sie setzen sich ein für die demokratische Staatsform, für politische und wirtschaftliche Freiheit! Die Kommunisten versuchen durch ihre Parolen die Kundgebung zu verwirren. Uebt Disziplin und weist die kommunistischen Quertreiber von euch!

Massen heraus!
SPD, Groß-Dresden.

Vom Tage

Thüringer Skandale

Im Hauptausschuß des Reichstags brandmarkte Genosse Fröhlich gestern die Heisterer in Thüringen. Die von Fröhlich für die Schule angeordneten Sachgebete sind trotz Urteil des Staatsgerichtshofes bis heute noch nicht zurückgezogen. Die Vereinbarung, die wegen der Polizeikostenzuschüsse von Thüringen mit dem Reich eingegangen wurde, erachtet Fröhlich ebenfalls für sich nicht bindend. Republikanische Polizeileiter werden ohne Grund gemohrregelt. Die Reichsflagge gelten in Thüringen nicht mehr. Vom Landtagsgebäude sei die Reichsflagge entfernt worden, als Fröhlich seinen Einzug hielt. Am Staatstheater werde bei Majestätsbeleidigungen die große Hofenkreuzfabrik gezeigt.

Der Reichsinnenminister antwortete darauf und wandte sich gegen den Rechtsradikalismus. Er deutete auch an, daß die Reichsregierung über die Ablichten der Nationalsozialisten genau unterrichtet ist und daß nationalsozialistische Verräter der Reichsregierung geradezu die Tür einrennen, um gegen Verabreichung Mittelungen zu machen. Was auf die Verabreichung Mittelungen in diesem Lager genügend Schlüsse zuläßt. Wirth wandte sich auch gegen die von rechts her betriebene Panikmache und sagte:

Ein Bürgerkrieg steht nicht vor der Tür. Es wird hier und da wohl einige Krügeleien geben, die vielleicht unglückliche Ausdehnung erfahren können, doch werden diese mit polizeilichen Maßnahmen allein niedergeschlagen werden können. Die Reichsregierung wie auch die preussische Staatsregierung werden nicht eine Minute zögern, das Notwendige zu tun. Im übrigen kann man der Meinung sein, daß ein gewisser Höhepunkt der radikalen Welle erreicht ist. Doch muß man sich vor Augen halten, daß auf eine Welle eine zweite folgen kann und daß es nicht allzu schwer ist, bei der steigenden wirtschaftlichen Not die Bevölkerung aufzureizen und für politische Zwecke auszubilden.

Alles ganz richtig, aber die Antwort zu den Thüringer Beschwerden blieb der Reichsinnenminister vorläufig leider schuldig. Es ist klar, daß die Willkür, mit der Fröhlich seine Leute die Reichsflagge durch den Naziflaggen zu ersetzen suchte, gegen die Verfassung verstößt. Die deutschen Republikaner müssen also fordern, daß das Reich wegen dieser von Fröhlich vorgebrachten Mißbräuche mit der Thüringer Regierung verhandelt. Denn durch dieses Ueberleben Fröhlicher Provokationen wird der von Wirth gekennzeichnete rechtsradikale Jrrsinn nicht überwinden.

Zweierlei Filmrecht

Bei dieser Anschlagdebatte über den Etat des Reichsinnenministeriums forderten die Sozialdemokraten auch die Freigabe des Films „Im Westen nichts Neues“. Crispian kritisierte sehr scharf die Entscheidungen der Filmprüfstellen, die Filme von so erschütternder menschlicher Wirkung wie den Remarque-Film oder den sozialdemokratischen Film „Das Dritte Reich“ verbieten, aber nationalsozialistische Hey- und Hugenberg-Filme zulassen. Dr. Wirth, der als Innenminister die Entscheidungen der Filmoberprüfstelle zu verantworten hat, sprach schon am Donnerstag im Hauptausschuß zu der Sache. Er gab die menschlichen Qualitäten des Remarque-Films zu, meinte aber, die politische Atmosphäre sei nicht geeignet gewesen, diesen Film laufen zu lassen. Aber Herr Dr. Wirth, das „Hilfenkonzert von Sanssouci“, das durfte trotz der gespannten politischen Atmosphäre laufen!

Die Konzeptionsrepublikaner irren sich, wenn sie glauben, auf diese Weise Ruhe zu bekommen. Die Diskussion um den Remarque-Film und unser Kampf um den verbotenen sozialdemokratischen Film wird nicht aufhören, solange das Filmgesetz derartig einseitig gehandhabt wird. Und wie die jüngsten Berliner Beispiele zeigen, werden auch von den Republikanern die Auseinandersetzungen ins Theater oder auf die Straße getragen! Die Regierung hat nur die Wahl, die Befehle gleichmäßig anzuwenden zu lassen oder zu erlauben, daß die Republikaner den rechtsradikalen Straßendemonstrationen mit gleichen Mitteln dienen.

Flucht vor Verantwortung

Die Republikaner sind aufgestanden und zum Angriff übergegangen. Der neuen Versammlungswelle, die von der NSDAP angekündigt wurde, schließt eine republikanische Demonstration an. Am kommenden Sonntag hält das Reichsbanner seinen Appell. Als Auftakt dazu fand gestern im Berliner Sportpalast eine Kundgebung statt, die viele Tausende von Menschen angelockt hatte. Tausende erhielten keinen Einlaß. Der preussische Kultusminister Grimmme hielt die Anrede und hob die Verdienste hervor, die sich das Reichsbanner um die Republik erworben hat. Es gebe nur zwei Möglichkeiten für den Deutschen:

entweder der Sklave eines fremden Willens zu sein oder der freie Bürger eines Staates, dem man diene. Demokratie sei Verantwortung, Diktatur Flucht vor der Verantwortung!
Wer denkt da nicht an den Aufruf der „nationalen Opposition“ vor ihren eignen Anträgen im Reichstag? Diese

Warnung der Industrie Gegen Schiefes Zollpläne

Die Aufschließung beschäftigt sich mit der Reichsverband der Industrie mit den Schiefen Zollplänen. Die Aufschließung betont, daß die Verwirklichung dieser zollpolitischen Beziehungen Deutschlands nach außen für den deutschen Export sehr nachteilig ist. Die Reichsverband der Industrie ist der Ansicht, daß die Verwirklichung dieser zollpolitischen Beziehungen Deutschlands nach außen für den deutschen Export sehr nachteilig ist.